

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

24.2.1932 (No. 46)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsrieder-
Straße Nr. 14
Bismarck-
Platz Nr. 555
und 556
Postfach
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger
Chefredakteur
G. K. K. K.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschließlich Postgebühren. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 16 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreder Rabatt, der als Rabatrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsrieder-Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigebekämpfung, Zwangsweiser Verbreitung und Kontroversen fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelcher Beschädigung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsbasis erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Reform der kommunalen Rechnungsrevision

Auffassung bei den Landgemeinden

II. (Schluß)

Wir möchten jedoch nicht unterlassen, in Erinnerung zu bringen, daß schon im Februar 1919 in einer viel beachteten Denkschrift „Die Reform des Verwaltungsgesetzes und der Gemeindeordnung und die rechnungsverständigen Beamten“ (Verlag Wadlot, Karlsruhe) wertvolle, aus der genauen Kenntnis des vielfältigen Verwaltungs- und Rechnungswesens sowie aus den Erfahrungen einer langjährigen Praxis gewonnene Anregungen gegeben und Verbesserungsvorschläge gemacht worden sind, denen bisher an zuständiger Stelle aber leider nicht Rechnung getragen wurde. Auch der Verband badischer Gemeinden hat unseres Wissens im Interesse seiner Gemeinden längst ähnliche Anträge gestellt. Danach ist also vor allem eine gute Auswahl von tüchtigen Revisionsbeamten (aus der Zahl der mittleren Staatsverwaltungsbeamten) und eine gründliche Ausbildung derselben über den Rahmen der Befehlsgebung der öffentlichen Verwaltung hinaus auf dem Gebiet des Zivilrechts, des Bank- und Grundbuchwesens sowie der privatwirtschaftlichen Vorgänge und nicht zuletzt auch eine fortlaufende Beratung der Gemeindeverwaltung sowie eine möglichst rasche Rechnungsprüfung erforderlich.

Auch die durchaus berechtigten, für die badischen Städte und größeren Stadteingemeinden aber nach den Ausführungen des Badischen Sparbundes und Giroverbandes bereits erfüllte Forderung nach einem „Ausbau der regressiven Rechnungsprüfung zu einer prophylaktischen Wirtschaftsprüfung und Wirtschaftsprüfung“ hat demnach auch für die Landgemeinden erhebliche Bedeutung und Anwendungsmöglichkeit, wenn hier naturgemäß auch nicht in demselben Umfang wie dort. Die überwiegende Mehrzahl der badischen Landgemeinden besitzt, abgesehen von einer eigenen Wasserleitung oder Kanalisation, die in der Regel von staatlichen Kulturbauämtern ausgeführt werden, keine wirtschaftlichen Betriebe. Soweit gemeindeeigene Waldungen vorhanden sind, unterliegen sie bekanntlich der Bewirtschaftung durch die Staatsforstbehörden, so daß auch in dieser Beziehung eine sachmännische und wirtschaftlich einwandfreie Betreuung des Gemeindegutes in jeder Hinsicht gewährleistet ist und die Zuziehung besonderer Wirtschaftssachverständiger, die technisch doch nicht genügen würden, nicht in Frage kommt.

Viel wichtiger als die wirtschaftlichen Betriebe ist, wie gesagt, die Beratung der Gemeinden in allgemeinen Verwaltungsangelegenheiten, vor allem auch auf dem Gebiete der Steuern, der Gemeindeveranschlagung, überhaupt der allgemeinen Finanzwirtschaft, damit es möglich ist, mit den geringsten Mitteln den besten Erfolg zu erzielen. Auf diesem Gebiete sind aber die lediglich schulmäßig oder wirtschaftswissenschaftlich vorgebildeten Kräfte nicht geeignet, denn dazu ist die Materie viel zu umfangreich und viel zu schwierig, als daß sie ohne besonderes Studium der Verwaltungsorgane und ohne langjährige praktische Erfahrung erfolgreich bewältigt werden könnte. Allerdings ist es gerade deshalb auch nach unserer Meinung an der Zeit, die staatlichen, sorgfältig ausgewählten Revisionsbeamten mehr als bisher fortzubilden und den Gemeinden als Berater zur Verfügung zu stellen.

Wegen der Sicherstellung einer unabhängigen Kontrolle des Haushalts der Großen Gemeinden und Städte (Gruppen 2 und 3 oben) darf auf die eingehenden Ausführungen des Badischen Sparbundes und Giroverbandes in der „Karlsruher Zeitung“ Nr. 36 und 37 verwiesen werden. Nur soviel sei dazu bemerkt, daß die Erwägungen über eine endgültige Neugestaltung des kommunalen Revisionswesens der badischen Städte und Großen Gemeinden staatlicherseits zwar im Gange sind, aber offenbar noch nicht zum Abschluß gebracht wurden. Staatssekretär Prof. Dr. Popitz kommt in dieser Beziehung in seinem kürzlich veröffentlichten Gutachten „Der künftige Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden“ (Verlag Otto Liebmann, Berlin) auf Seite 78 zu dem Ergebnis, daß die in den größeren Städten vorhandenen eigenen, unabhängigen Revisionsämter künftig lediglich eine Vorprüfung der gesamten städtischen Wirtschaftsführung vornehmen sollten, die Rechnungsprüfung selbst aber, entsprechend dem französischen und englischen Vorbild, in die Hand einer Staatsbehörde zu legen ist.

Eine ähnliche Lösung hat für die preussischen Großstädte der Syndikus der Industrie- und Handelskammer in Frankfurt a. M., Prof. Dr. Hans Trumpler, in seiner 1930 im Carl Heymanns Verlag, Berlin, erschienenen Schrift „Zur Neuregelung des Haushaltsrechts in den preussischen Großstädten“ vorgebracht und dabei bemerkt, daß daneben für

Letzte Nachrichten

Die Kandidatur Hindenburg

3 630 000 Einzeichnungen

WE. Berlin, 24. Febr. (Tel.) Nachdem die Meldungen der an der Einzeichnungssaktion beteiligten Stellen nunmehr zum größten Teil vorliegen, stellt sich die Gesamtzahl der Einzeichnungen für die Volkswahlkandidatur Hindenburgs auf über 3 630 000. Davon wurden mehr als 3 Millionen Eintragungen von rund 1100 deutschen Zeitungen, die in rund 800 Städten die Einzeichnungslisten 10 Tage lang auslegten, aufgebracht.

von Lettow-Vorbeck an Hindenburg

WE. Bremen, 24. Febr. (Tel.) Generalmajor a. D. von Lettow-Vorbeck hat letzte Woche an den Reichspräsidenten ein längeres Schreiben gerichtet, in dem er dem Generalfeldmarschall seinen Dank dafür ausdrückt, daß sich dieser — unbeirrt durch den Streit der Meinungen — bei den kommenden Reichspräsidentenwahlen dem Vaterland wiederum zur Verfügung stelle. Zugleich gibt von Lettow-Vorbeck in seinem Briefe der Hoffnung Ausdruck, daß durch die Wahl Hindenburgs dem Vaterlande eine über den Parteien stehende Spitze erhalten bleibe.

Reichspräsident von Hindenburg hat General von Lettow-Vorbeck in einem herzlichen Schreiben gedankt.

Der Kampf um Shanghai

Neuer japanischer Angriff

WE. Shanghai, 24. Febr. (Tel.) Der japanische Angriff hat um 10 Uhr vormittags begonnen. Bombenflugzeuggeschwader bewarfen die chinesischen Linien systematisch mit Bomben. Sodann ging die Infanterie, unterstützt von Tanks und Panzerwagen, gegen die chinesischen Stellungen vor. Gegenwärtig sind erbitterte Kämpfe im Gange.

Die Japaner gingen heute an der Front von Kiangwan nicht zu einem allgemeinen Angriff über, aber die Artillerie ließ sich nicht zurückhalten und der Kampf in der Luft dauerte den ganzen Vormittag über in ungeschwächter Heftigkeit an.

An der Front von Tsinghai griffen die japanischen Sechskreuzerkräfte die chinesischen Stellungen im nördlichen Abschnitt an, und ein heftiger Kampf entwickelte sich am Nachmittag ostasiatischer Zeit.

Auszeichnungen für die Rettungsmannschaften auf Carsten-Zentrum

WE. Berlin, 24. Febr. (Tel.) Wie noch frisch in Erinnerung, wurden Anfang Januar d. J. auf der Carsten-Zentrum-Grube bei Beuthen (O.-S.) eine Anzahl Bergleute durch einen schweren Gebirgssturz verschüttet. Durch die sofort mit größter Eile aufgenommene Rettungsarbeiten gelang es, am gleichen Tage einen Bergmann und nach fünf Tagen weitere sieben Bergleute lebend zu bergen.

Aus Anlaß dieser Rettungstat hat das preussische Staatsministerium zehn Bergleuten und Grubenbeamten die Rettungsmedaille am Bande, und achtzehn die Erinnerungsmedaille für Rettung aus Gefahr verliehen. Die Namen dieser Retter sind im Reichs- und Staatsanzeiger veröffentlicht worden. Der Berghauptmann in Breslau wird die Medaillen im Rahmen einer besonderen Feier überreichen.

Vertrauensvotum für Tardieu

Die Regierungserklärung

Die französische Kammer sprach am Dienstagabend der neuen französischen Regierung Tardieu mit 309 gegen 202 Stimmen das Vertrauen aus.

In der vor Kammer und Senat verlesenen Regierungserklärung wird betont, daß die französische Delegation in der Reparationsfrage keine langen Kommentare erheische, sondern sich zusammenfassen lasse in dem Vertragsbegriff, der Berücksichtigung zulasse, über die frei verhandelt werde, der aber die Verletzung der geleisteten Unterstellungen ausschließt. Die Erklärung streift die in der Frage der Reparationskonferenz zwischen England und Frankreich zustande gekommene Einigung und sagt, daß Frankreich weiterhin der Sache des Friedens dienen werde. — Die Arbeiten des deutsch-französischen Wirtschaftsausschusses gingen erfolgreich vorwärts.

Sti Weinhorn hat am Dienstag das Endziel ihres Fluges, Srabaja (Niederländisch-Indien) erreicht.

Nach einer New-Yorker Information wird „Do X“ im April zum Rückflug nach Deutschland starten.

große Wirtschaftsbetriebe der Städte (z. B. Elektrizitätswerke, Straßenbahnen) am besten private Organisationen mit der Revision betraut werden. Dieser letztere Vorschlag scheint uns allerdings nicht sonderlich brauchbar zu sein, denn private Organisationen eignen sich nicht zur Kontrolle der öffentlichen Verwaltung, so sehr sie in der Privatwirtschaft Gutes leisten mögen. Die Kontrolle des gemeindlichen Rechnungswesens ist vielmehr, im Grunde genommen, eine Aufgabe des Staates bzw. der Gemeinden, die das Nötige hierwegen vorzuschreiben haben. Im übrigen haben die badischen Städte unseres Wissens für ihre großen Unternehmungen von sich aus schon längst wirtschaftlich und technisch vorgebildete Sachleute als Spezialbeamte (Wirtschaftsprüfer) herangebil-

*Die Kandidaten zur Reichspräsidentenwahl

Die Persönlichkeiten, die für die Reichspräsidentenwahl am 13. März kandidieren werden, sind jetzt proklamiert. Es sind außer Herrn von Hindenburg Thälmann für die Kommunisten, der zweite Bundesführer des Stahlhelms, Oberst Düstlerberg, für die Deutschnationalen und den Stahlhelm, und Hitler für die Nationalsozialisten.

Die Kandidatenliste gibt zu mancherlei interessanten Betrachtungen Anlaß. Zunächst einmal erfährt man aus ihr, daß die gemäßigten Linke und die Mitte überhaupt keinen Kandidaten nominiert hat. Drei von den vier Kandidaten stehen persönlich rechts. Denn daß Generalfeldmarschall von Hindenburg nicht der Linken zuzählen ist, versteht sich auch dann von selbst, wenn man die Tatsache, daß er von den Sozialdemokraten und der Staatspartei mitunterstützt wird, geistlich in den Vordergrund schiebt. Nur die extremen Parteien ziehen selbständig in den Wahlkampf. Thälmann ist reiner Parteikandidat, ebenso wie Hitler.

Die Kandidatur Hindenburgs ist bekanntlich als eine überparteiliche proklamiert worden. Und in der Tat haben sich ja nicht nur Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten für ihn erklärt, sondern daneben auch das Landvolk, die Christlich-Sozialen, die Volksparteiativen, der Präsident des Kyffhäuserbundes, die Wirtschaftspartei, die deutsche Volkspartei u. a.

Die Kandidatur Düstlerbergs ist eigentlich eine rein deutschnationale Angelegenheit. Die deutschnationale Parteileitung, also Herr Eugenbergs, hat es nicht für angeeignet gehalten, eine führende Persönlichkeit seiner Partei kandidieren zu lassen oder gar selbst zu kandidieren, sondern er hat auf den Stahlhelmführer Düstlerberg zurückgegriffen und diese Kandidatur als eine gemeinsame Aktion der Deutschnationalen und des Stahlhelms inszeniert. Der Bundesvorstand des Stahlhelms hat sich als solcher natürlich gleichfalls für Düstlerberg erklärt. Von den Mitgliedern des Stahlhelms, der ja selber keine politische Partei ist, zählt man die größere Hälfte zu den Nationalsozialisten, die kleinere zu den Deutschnationalen.

Die „Harzburger Front“ ist jedenfalls in diesem Falle auseinandergebrochen. Eugenbergs hat sich geweigert, bedingungslos seine Partei für eine Kandidatur Hitler zur Verfügung zu stellen. Und die Nationalsozialisten waren ihrerseits nicht bereit, auf einen eigenen Kandidaten zu verzichten. So hat man auf der äußersten Rechten zwei Kandidaten auf den Schild gehoben. Wie es heißt, hat Eugenbergs in den Verhandlungen mit Hitler über dessen Kandidatur die Erfüllung ganz bestimmter Bedingungen gefordert, und Hitler hat das abgelehnt. Eugenbergs soll damit rechnen, daß sein Kandidat, Herr Düstlerberg, immerhin eine ansehnliche Zahl von Stimmen auf sich vereinigt, und daß dann bei der ziemlich allgemein erwarteten Stichwahl neue und ausschlagreichere Verhandlungen mit Hitler aufgenommen werden können, daß also Hitler dann gewisse Zusagen gewährt und dafür die für Düstlerberg abgegebenen Stimmen erhält.

Auf Wahrscheinlichkeit einer Stichwahl richtet man sich deshalb ziemlich allgemein ein, weil nach dem Gesetz über die Wahl des Reichspräsidenten vom 6. März 1924 (RGBl. I S. 168) nur der gewählt ist, der die absolute Mehrheit hat, also mehr als die Hälfte aller gültigen Stimmen erhält. Mit dem Hinweis auf diese Bestimmung soll Herr Eugenbergs auch den Führer der stärksten Partei der „Harzburger Front“ beruhigt haben. Bei der Stichwahl dagegen gilt derjenige als gewählt, der die meisten, gültigen Stimmen erhält. Bei ihr wäre natürlich eine jede Zersplitterung von vornherein eine Schwä-

chet und ausgetauscht, so daß auch hier nicht mehr viel zu „reformieren“ ist.

Immerhin war es aber, wie bereits eingangs erwähnt, von Wert, daß die Probleme aufgezeigt und behandelt wurden, damit auch die Öffentlichkeit sieht, um was es sich handelt. Wenn nun die Regierung an die Lösung der Dinge im Sinne dieser Vorschläge herantritt und sich dessen ebenfalls bewußt ist, daß es sich heute nicht mehr so sehr um formaljuristische und polizeiliche Angelegenheiten, sondern um große und wirtschaftliche Fragen handelt, die gemeistert werden müssen, dann wird der Weg von selbst die gute Entwicklung nehmen, die wir angedeutet haben, und jedenfalls segensreicher sein als neue Experimente mit ungeeigneten Kräften.

chung. Immerhin wird das Auseinanderfallen der „Danzburger Front“ die Schlagkraft der äußersten Rechten sicherlich nicht vergrößern. Die Möglichkeit besteht immer, daß dieser oder jener Wähler der äußersten Rechten nunmehr aus Verärgerung überhaupt nicht wählt oder sich für Hindenburg entscheidet.

Eine einigermaßen zuverlässige Prophezeiung über den Ausgang der Wahl am 13. März ist sehr schwer. Zunächst muß man berücksichtigen, daß sich seit der letzten Reichstagswahl am 14. September 1930 noch weitere und noch tiefer greifende Umwälzungen innerhalb der Wählerschaft vollzogen haben. Man hat eine Partei, die am 14. September 1930 immerhin noch einen Achtungserfolg errang, würde jetzt vielleicht bei neuen Reichstagswahlen von ihren bisherigen Wählern derart im Stich gelassen werden, daß sie nur noch mit ein paar Abgeordneten in das Parlament einzieht. Die Unterschrift einer solchen Partei unter einen Aufruf hätte dann natürlich ziffernmäßig auch nur wenig Wert. Andererseits ist feinkörnig gesagt, daß nun jeder Wähler, der entweder schon nationalsozialistisch gewählt hat oder bereit ist, dieser Partei seine Stimme zu geben, auch unter allen Umständen gegen Hindenburg stimmen wird. Hindenburg hat, ganz abgesehen von der Parteizugehörigkeit des einzelnen, in allen Lagern rechts von der Sozialdemokratie viele Anhänger.

Da dem so ist, haben die Berater Hitlers wohl darauf gedrungen, daß nun gleich das beste Pferd gezeigt wird, das der Nationalsozialismus überhaupt im Stalle hat, nämlich Hitler selbst. Die Kalkulation geht offenbar dahin, daß ein jeder, der überhaupt nationalsozialistisch zu wählen entschlossen ist, bei der Alternative „Hitler oder Hindenburg?“ für Hitler stimmen wird.

Ob Hitler wirklich die Absicht hat, auch in der Stichwahl zu kandidieren und das Amt des Reichspräsidenten, wenn seine Wahl überhaupt im Bereich des Möglichen läge, anzunehmen, bleibt zweifelhaft. Denn er müßte ja dann die Leitung der ganzen Parteimaschinerie aus der Hand geben. Einstweilen ist Herr Hitler auch noch gar nicht deutscher Staatsbürger. Doch behauptet sich hartnäckig das Gerücht, daß die braunschweigische Regierung ihn in einer an sich nicht ansehbaren Form noch rechtzeitig zum Staatsbürger machen werde, etwa in der Weise, daß sie ihn zum Beamten bei der braunschweigischen Gesandtschaft in Berlin ernannt und ihm in dieser Eigenschaft ganz bestimmte Amtsfunktionen überträgt, damit das Ganze nicht den Anschein eines Scheingeschäfts bekommt.

Nach wie vor werden die Aussichten Hindenburgs als nicht schlecht bezeichnet. Ob sich diese Hoffnungen rechtfertigen werden oder nicht, wird in der Hauptsache von der sozialdemokratischen Wählerschaft abhängen. Das Zentrum, Demokraten, Deutsche Volkspartei, Wirtschaftspartei, Christlich-Soziale und Konservative so gut wie geschlossen für Herrn von Hindenburg eintreten werden, ist selbstverständlich. Dagegen ist und bleibt es fraglich, ob alle sozialdemokratischen Wähler der Karole, Hindenburg zu wählen, folgen werden. Für viele dieser Wähler ist und bleibt nun einmal Herr von Hindenburg, der General. Und sie werden lieber zu Hause bleiben oder Thälmann wählen, als ihre Stimme dem Generalfeldmarschall geben. Es kommt dann lediglich darauf an, daß sich die Zahl dieser Wähler in erträglichen Grenzen hält.

Die Genfer Abrüstungskonferenz

Ein taktischer Erfolg für Deutschland

Ein über die Genfer Abrüstungskonferenz veröffentlichtes Communiqué besagt ausdrücklich, daß die bisher der Konferenz vorgelegten Vorschläge einschließlich des Konventionsskizzenentwurfes im Hauptauschuß zur Generaldebatte gestellt werden. Es bestätigt sich also, daß der Konventionsskizzenentwurf, wie französischerseits gefordert, die Grundlage der allgemeinen Aussprache bilden wird.

Neuer nennt diese Beschlüsse einen taktischen Erfolg für die deutsche Delegation, weil dadurch alle während der allgemeinen Debatte unterbreiteten Vorschläge beinahe auf gleichem Fuße behandelt werden wie der Konventionsskizzenentwurf, während die Franzosen der Meinung sind, daß dieser Entwurf den Bereich der Erörterungen einschränken sollte.

Die Genfer Abrüstungskonferenz hat in ihrer heutigen — vorläufig letzten — Vollversammlung die meisten Beschlüsse des Büros über den weiteren Gang der Arbeiten ohne Aussprache genehmigt. In der Entscheidung über den Arbeitsstoff heißt es: Die Konferenz fordert den Hauptauschuß auf, eine Vorprüfung und Zusammenfassung der genannten Entwürfe und Vorschläge und des Konventionsskizzenentwurfes vorzunehmen.

Neues Stadium der Memelkrise

Der Präsident des Memeler Landesdirektoriums, Böttcher, hat sein Amt niedergelegt mit der Begründung, daß die Entscheidung der internationalen Instanzen, ob der Gouverneur das Recht hat, den Präsidenten des Direktoriums abzuberufen oder nicht, noch lange ausbleiben könne, und daß es im Interesse des Memelgebietes liege, daß möglichst bald wieder ein dem Statut entsprechendes Direktorium in Tätigkeit tritt. Der litauische Regierung ist dadurch ein Vorwand genommen, von ihrer Verschleppungspolitik weiterhin Gebrauch zu machen. Böttcher ist nicht mehr Präsident, infolgedessen können die Forderungen des Völkerbundesrats auf ungedeckte Bildung eines neuen Direktoriums ohne großen Zeitverlust erfüllt werden. Deutschland wird inzwischen weiterhin die Signaturmächte des Memelstatus drängen, ein Verfahren vor dem Haager Schiedsgerichtshof einzuleiten.

Vizeadmiral a. D. Carl Hollweg. In Bremen ist Vizeadmiral a. D. Carl Hollweg im Alter von 64 Jahren gestorben. Er war während des Krieges Linienflottenkommandant und später Oberwerftdirektor. Hollweg ist in weiten Kreisen besonders durch seine Tätigkeit als Sachschlichter bekannt geworden.

Die große politische Aussprache im Reichstag

Eine stürmische Sitzung am Dienstag

Die erste Reichstagsitzung, die am Dienstag nach der langen Winterpause stattfand, brachte wieder Sturmregen.

Reichsinnenminister Gröner unterbreitete zunächst den Vorschlag der Regierung, wonach bei der Reichspräsidentenwahl der erste Wahlgang am 13. März, der eventuell notwendig werdende zweite Wahlgang am 10. April stattfinden soll.

Als erster Redner aus dem Hause sprach nicht der Vertreter der stärksten Partei, der Sozialdemokratie, sondern als Sprecher der stärksten Oppositionspartei der nationalsozialistische Abgeordnete Dr. Götzel. Bei der Kritik der Regierungspolitik war er weniger laut und temperamentvoll als in früheren Reden. Als er dann die ablehnende Haltung seiner Partei gegen die Wiederwahl des Reichspräsidenten v. Hindenburg begründete, änderte sich das Bild. Der Widerspruch, den er bei seinen ersten Ausführungen aus dem Reihen der Linken erfahren hatte, dehnte sich auch weit auf die rechte Seite des Hauses aus, als er meinte, Reichspräsident v. Hindenburg habe die nationale Front seiner Wähler verlassen. In der nachfolgenden Unruhe war nicht jedes Wort seiner Rede zu verstehen; aber als er mit einem Hinweis auf die Sozialdemokraten sagte, Hindenburg werde jetzt gelobt von der Partei der Deserteure, da brach ein Sturm der Entrüstung bei den jüngeren Mitgliedern der Sozialdemokratie aus. Die Kriegsteilnehmer dieser Partei drängten sich nach vorn und verlangten stürmisch eine Zurücknahme dieser Beleidigung. Der Sturm beruhigte sich auch nicht, als Präsident Loh nach längerem vergeblichem Parlamentieren Dr. Götzel einen Ordnungsruf erteilte. Trotz vieler Ordnungsrufe, mit denen Loh seine eigenen Parteigenossen beehrte, wiederholten diese ihre lauten Protestrufe, die Nationalsozialisten antworteten ähnlich laut, und der Lärm wurde so groß, daß die Sitzung schließlich unterbrochen werden mußte.

Nach ihrer Wiedereröffnung teilte der Präsident mit, der Ältestenrat habe aus dem Stenogramm festgestellt, daß Dr. Götzel den Reichspräsidenten so schwer beleidigt habe, daß ein Ordnungsruf dafür nicht als ausreichende Sühne betrachtet werden könne, sondern die Ausschließung von Dr. Götzel aus der Sitzung verfügt werden müsse. Dr. Götzel hatte nämlich nach dem Stenogramm gesagt: „Sage mir, wer Dich lobt, und ich will Dir sagen, wer Du bist! Hindenburg wird gelobt von der Berliner Apphaltpresse und von der Partei der Deserteure.“ Dr. Götzel verließ nach seiner Ausschließung unter Heulrufen seiner Freunde den Saal; aber der Zwischenfall führte noch zu einer erregten Geschäftsordnungsdebatte.

Für die Kriegsteilnehmer aller Parteien, mit Ausnahme der Deutschnationalen, Kommunisten und Nationalsozialisten, protestierte Abg. Kemmer (Staatsp.) gegen Götzels Ausführungen. Gegen den Beschluß des Ältestenrates protestierte der Nationalsozialist Straßer. Der Deutschnational v. Stubbenort, der Kommunist Graf und die Sozialdemokraten Künster und Dr. Schumacher führten den Streit weiter. Es waren nur Bruchstücke aus den Ausführungen zu verstehen, weil die Nationalsozialisten in verärgelter Form die Störungsmethode anwandten, die in einem früheren Sitzungsabschnitt von den Kommunisten erprobt worden waren. Sie probierten ein stürmisches Brüllen und Schreien, gegen das der Präsident machtlos ist, weil der einzelne Störer nicht so leicht festzufassen ist wie ein Zwischenrufer.

Als zweiter Redner zur Debatte kam der Kommunist Ulbricht zu Wort. Ihm gelang es, die Ruhe im Saal vollständig wiederherzustellen. Seine im breitem schächtlichen Dialekt vorgetragene Propagandarede für den kommunistischen Kandidaten Thälmann versuchte die meisten Abgeordneten aus dem Saale.

Für die Volksnationale Reichsvereinigung und den Jungdeutschen Orden trat der Abg. Voltrich war für die Wiederwahl des Reichspräsidenten v. Hindenburg ein.

Die heutige Mittwochsitzung

Bei Eröffnung der heutigen Mittwochsitzung des Reichstags erklärte Reichspräsident Loh, die Störungen in der gestrigen Sitzung gäben ihm Veranlassung, für den Fall der Wiederholung solcher Störungen die schärfsten Maßnahmen anzuordnen.

Reichswehrminister Gröner nimmt vor der Fortsetzung der Aussprache zu einer Erklärung das Wort: In der gestrigen Sitzung hat der Abg. Dr. Götzel nach Feststellung des Ältestenrates folgendes gesagt: „Sage, wer Dich lobt und ich sage Dir, wer Du bist. Hindenburg gelobt von der Partei der Deserteure.“ Die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes wird es als eine Ungehörlichkeit auffassen, wenn der oberste Soldat des Krieges, der Sieger von Tannenberg, der Mann, der sich freiwillig zu Anfang des Krieges in den Dienst des Vaterlandes gestellt hat, der Mann, der diesen Dienst auch dann nicht verlassen hat, als alles zusammenbrach (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit, lärmende Zurufe bei den Nationalsozialisten), wenn Hindenburg in irgendwelcher Beziehung mit dem Wort „Deserteur“ gebracht wird (Rufe bei den Nationalsozialisten: „Das ist nicht geschehen!“). Diese Beleidigung, die ein Mann anzusprechen mag, der selber den Krieg nur vom Hörensagen kennt (Lebhaftes sehr richtig bei der Mehrheit, lärmender Widerspruch bei den Nationalsozialisten), kann zwar der Größe der Leistung des Generalfeldmarschalls ebenso wenig anhaben wie der Berehrung, welche das deutsche Volk vor seiner Pflichterfüllung in Krieg und Frieden erfüllt. Aber als Mitglied der Reichsregierung und als Vertreter der deutschen Wehrmacht habe ich die Pflicht und den Auftrag, diese ungeheuerliche Äußerung des Abg. Götzels als eine Beleidigung nicht nur des Herrn Reichspräsidenten, sondern des deutschen Volkes zu kennzeichnen (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit, Rufe bei den Nationalsozialisten: „Das stimmt ja nicht!“) und sie auf das Schärfste zurückzuweisen.

Die Erklärung des Ministers wurde von der Mehrheit mit stürmischem Beifall, von den Nationalsozialisten mit lärmenden Protestrufen aufgenommen. Von ihnen und den Deutschnationalen wurden Zurufe gegen die Regierung gerichtet.

Präsident Loh wies die Abg. Dr. Leh (NS.) und Kleiner (Dnt.) wegen dauernder Störung und beleidigender Zurufe aus der Sitzung aus.

Als nächster Redner in der Aussprache erhielt dann Abg. Dr. Breitfeld (Soz.) das Wort. Die Sozialdemokraten hätten vor 7 Jahren allerdings die Kandidatur Hindenburgs bekämpft. Leute, die von ihrem damaligen Kandidaten Hindenburg einen Bruch der Verfassung und des Eides auf die Republik erwarteten, seien unangenehm, die Verfassungsfreunde angenehm enttäuscht worden. Die Danziger Front und die Nationalsozialisten wollten sich nur dann für Hindenburg erklären, wenn er ihnen für ihre Stimmen politische Ware verlaufe. Hindenburg bietet für die Aufrechterhaltung der Verfassung die Gewähr. Wir freuen uns daß es ernsthafter Gegner Hindenburgs gibt, die sich nicht auf die Republik beschränken, sondern sich für die Niederlage und nicht ein Offizier Hitlers.

Badischer Teil

Der badische Staatsvoranschlag für 1932/33

Landtag — Staatsministerium — Rechnungshof

Dem Landtag sind jenen die ersten Teile des badischen Staatsvoranschlags für die Rechnungsjahre 1932 und 1933 zugegangen. Sie betreffen den Landtag, das Staatsministerium und den Rechnungshof.

Im Einzelplan 1: Landtag betragen im ordentlichen Haushalt die fortdauernden Ausgaben jährlich 527 500 RM. Sie haben gegen bisher eine Verminderung um 134 890 RM jährlich erfahren. Die Einsparung am Besoldungsaufwand der Beamten und Angestellten durch die Kürzungen beträgt pro Jahr 21 800 RM. Der Aufwand für das Landtagsgebäude mit jährlich 12 780 RM erscheint künftig im Haushalt des Finanzministeriums. Die Aufwandsüberschuldung der Landtagsabgeordneten erfordert nach der 20prozentigen Kürzung vom 20. November 1930 die Summe von 295 500 RM jährlich, das sind 41 500 RM weniger als bisher. An jährlichen fortdauernden Einnahmen verzeichnet der Landtag nur den Betrag von 5000 RM an Mietzinsen für Dienstwohnungen usw. Die Stellenzahl mit 15 planmäßigen und drei außerplanmäßigen Beamten hat sich nicht verändert.

Der Haushalt des Staatsministeriums (Einzelplan 11) verzeichnet im ordentlichen Etat an fortdauernden Ausgaben jährlich 235 900 RM. Die Einnahmepositionen beschränken sich auf den geringfügigen Betrag von 900 RM jährlich. Die Ausgaben konnten pro Jahr um den Betrag von 108 450 RM zurückgedrückt werden. Die Einsparung am Besoldungsaufwand der Beamten und Angestellten durch die Kürzungen beträgt insgesamt jährlich 36 984 RM. Der Staatspräsident bezieht ein jährliches Aufwandsgeld von 2000 RM. Das Gehalt nach Gruppe B 1 erscheint im Etat des Justizministeriums. Aus dem Ministerium des Innern wurde auf 1. Oktober 1931 die Pressestelle übernommen, für die ein persönlichem und sachlichem Aufwand jährlich 13 400 RM erforderlich sind. Die wirtschaftliche Vertretung Badens in Berlin ist mit der Vertretung bei der Reichsregierung geschäftsmäßig vereinigt. Die persönlichen und sachlichen Ausgaben hierfür betragen pro Jahr insgesamt 95 850 RM, gegen bisher ein weniger von 73 010 RM. Die im Haushalt des Staatsministeriums vorgesehenen planmäßigen Stellen betragen wie bisher 23. Dagegen ist nur eine außerplanmäßige Stelle (bisher 2) angefordert.

Der Einzelplan VI umfaßt den Haushalt des Rechnungshofs. Die fortdauernden Ausgaben im ordentlichen Etat betragen sich auf 222 700 RM jährlich, gegen bisher eine Verminderung um 85 840 RM. Die Einsparung am Besoldungsaufwand der Beamten und Angestellten durch die Kürzungen beträgt jährlich 47 149 RM. Der Präsident des Rechnungshofs bezieht nach Gruppe B 11 ein Gehalt von 16 115 RM. Planmäßige Beamte sind vorhanden 33 (bisher genehmigte Stellenzahl 33).

Der bisher einzige außerplanmäßige Beamte wird eingesparrt. Auch beim Rechnungshof findet sich nur ein geringer Einnahmebetrag von 450 RM jährlich.

Gemäßigung der Bürgersteuer 1931 für lohnsteuerfreie Arbeitnehmer, insbesondere für Kurzarbeiter

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

In der zweiten Verordnung des Reichsministers der Finanzen zur Durchführung der Bürgersteuer 1931 vom 11. Februar 1932 (Reichsgesetzblatt Seite 66) ist vorgesehen, daß Arbeitnehmer, die im Jahre 1930 noch soviel verdienten, daß sie nicht einkommensteuerfrei waren, und von denen daher in der Steuerliste nicht bereits die Hälfte des niedrigsten Steuerjahres angefordert worden ist, während ihr gegenwärtiger Lohn die Lohnsteuerfreigrenze nicht übersteigt, für die bei der nächsten auf die Fälligkeit folgende Lohnzahlung einzubehaltende Bürgersteueranteile jeweils nur die Hälfte des auf der Steuerliste hierfür vorgesehenen Bürgersteuerbetrags einbehalten wird. Der Herr Reichsfinanzminister hat bereits in einem Rundschreiben vom 6. Februar auf diese Bestimmung hingewiesen und das Nähere wegen der Durchführung veranlaßt.

Das Urteil des Schwurgerichts Karlsruhe im Falle Schnaiter

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

Die gegen Karl Schnaiter wegen Totschlags an seiner Ehefrau verhängte Gefängnisstrafe von 5 Jahren ist in der Öffentlichkeit vielfach als zu milde getadelt, auch ist die Staatsanwaltschaft in Zuschriften aufgefordert worden, das Urteil anzufechten. Die Kritik sowohl als die Forderung verkennen die Rechtslage.

Das Schwurgericht kam in Würdigung der Vorgänge kurz vor und während der Tat und der ehelichen Verhältnisse zu der Überzeugung, daß dem Täter mildernde Umstände nicht verjagt werden könnten. Bei Annahme mildernder Umstände aber war die höchstzulässige Gefängnisstrafe 5 Jahre. Sodann: Wegen ein Schwurgerichtsurteil gibt es nach der Strafprozessordnung nur das Rechtsmittel der Revision an das Reichsgericht. Revision ist aber nur nicht die Nachprüfung eines Urteils schlechthin. Das Revisionsgericht prüft nur, ob das Gesetz richtig auf den festgestellten Tatbestand angewendet wurde. Die Frage, ob mildernde Umstände vorliegen, ist Sache der Tatsachenermittlung, also keine Rechtsfrage in dem angeedeuteten Sinne, und somit der Revision entzogen. Da andere Revisionsgründe, prozessuale Verstöße oder dergleichen nicht vorliegen, so konnte das Urteil von der Staatsanwaltschaft nicht angefochten werden.

Regierungsbaumeisterprüfung im Hochbaujahr 1932

Die diesjährige Staatsprüfung im Hochbaujahr (Regierungsbaumeisterprüfung) wird nach Maßgabe der hierüber bestehenden allgemeinen Bestimmungen (S. u. Vbl. 1914 S. 336) Anfang April beginnen. Die Anmeldungen zu dieser Prüfung sind im Laufe des Monats März beim Finanzministerium einzureichen.

Konfularische Vertretung Litauens

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

Der litauische Generalkonsul Friedrich Hüfner in München, der zur Ausübung konfularischer Amtshandlungen in Baden zugelassen war, hat sein Amt niedergelegt. Die Geschäfte des litauischen Generalkonsulats in München werden von der Konsulatsabteilung der litauischen Gesandtschaft in Berlin W 35, Kurfürstenstraße 134, wahrgenommen.

Badischer Landtag

Haushaltsauschuss

Der Haushaltsauschuss des Landtags setzte die Beratung der vergleichenden Darstellung der Voranschläge und Rechnungsergebnisse für die Rechnungsjahre 1928 und 1929 und der Rechnungsnachweisung für 1929 fort. Auf Antrag des Berichterstatters, Abg. Seubert (Zentr.), wurde mit 15 Stimmen bei einer Enthaltung (Nationalsozialist) Kenntnis genommen und die nachträgliche Genehmigung erteilt. Dann trat der Ausschuss in die Beratung des Haushaltsplans für 1932 und 1933 ein.

Abg. Kufbaum (Soz.) berichtete über den Haushalt des Landtags. Im Staatsvoranschlag erscheint der gesamte Aufwand für die Bauunterhaltung nicht mehr beim Etat der einzelnen Verwaltungszweige, sondern in einer Gesamtsumme im Finanzministerium. Der Finanzminister begründete diese Änderung damit, daß durch die zentrale Verwaltung der Bauunterhaltungsmittel eine Verbilligung der Verwaltung und eine rationelle Verwendung der Mittel erreicht werden soll.

Beim Haushalt des Staatsministeriums teilte der Staatspräsident mit, daß Preußen sämtliche Länder, die Gesundheitsämter bei ihm bisher unterhalten haben, davon in Kenntnis setzte, daß der Charakter dieser Verträge als Gesundheitsämter mit Wirkung vom 1. April 1932 aufhören soll. Baden hat deshalb in Zukunft nur noch eine Vertretung bei der Reichsregierung und Bevollmächtigte zum Reichsrat. Die Folge dieser Veränderung ist, daß das Dienstverhältnis der bisherigen Gesundheitsämter in Berlin landessteuerpflichtig wird. Es sind etwa 28 000 RM. preussische Grund- und Gewerbesteuer zu entrichten.

Die deutschnationalen Anträge über die Zusammenlegung des Staatsministeriums wurden abgelehnt. Ein Antrag der Nationalsozialisten, der die Erhebung der Anlage gegen den Minister des Innern, Maier, verlangt, wurde nicht erledigt, da er die vorgeschriebene Begründung nicht enthielt.

Beim Rechnungshof wurden auf Antrag von Au (Volkswirtschaftsp.) an der Position Dienstverpflichteten noch 600 RM. gezeichnet.

Die drei genannten Staatsvoranschläge fanden bei Stimmenthaltung des staatsparteilichen Vertreters gegen die Stimmen der Nationalsozialisten Annahme.

Der Antrag des Haushaltsauschusses zur Haushaltsnotverordnung

Der Haushaltsauschuss beantragt, die Haushaltsnotverordnung vom 9. Okt. 1931 und das 11. Notgesetz vom 17. Dez. 1931 über Änderungen im Staatshaushalt zu genehmigen. Er stellt ferner den Antrag, die Regierung zu erfragen:

1. die Staatsorgane anzuweisen, daß bei Eingriffen in das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden gemäß § 24 Abs. 1 der Gemeindeordnung auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Gemeinden Rücksicht genommen wird;

2. nach Wegfall der Notstände die zur Depuitats- und Bejoldungsfürzung der weislichen Lehrkräfte geföhrt haben, von der vorhandenen Ermächtigung Gebrauch zu machen und die Depuitats- und Bejoldungsfürzung wieder aufzuheben;

3. zu prüfen, ob und inwiefern angehängt der außergewöhnlichen liberalerung der außerplanmäßigen Lehrkräfte an den Schulen die nach Artikel 53 §§ 3 und 4 der Haushaltsnotverordnung vom 9. Okt. 1931 frei werdenden Planstellen alsbald wieder planmäßig besetzt und darüber hinaus alle außerplanmäßigen Lehrkräfte, die trotz eines Vergütungsdienstalters von mehr als 10 Dienstjahren dabei nicht mehr Berücksichtigung finden können, unter Aufrechterhaltung ihrer Verjoldbarkeit „für ihre Person“ in das planmäßige Dienstverhältnis überführt werden können;

4. zu prüfen, ob die Wiedereinföhung einer Abfindungssumme für ausgeschiedene verheiratete Beamte möglichst bald in die Wege geleitet werden kann;

5. in Angleichung des badischen Bejoldungsrechts an dasjenige des Reichs den Artikel 49 (Aufscheidung und Beförderung) der Haushaltsnotverordnung vom 9. Okt. 1931 außer Kraft zu setzen (Antrag der Abg. Dr. Föh u. Gen.);

6. bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß die Freigrenze für die Bejoldungsfürzungen von 1500 RM. auf 2000 RM. des Bruttoeinkommens heraufgesetzt wird (Ziff. 111 des Antrags der Abg. Dr. Föh u. Gen.).

Die zur Materie vorliegenden Anträge der Kommunisten werden abgelehnt, die Anträge der Demokraten und des Zentrums, betr. Einheitslichkeit in der deutschen Beamtenbejoldung, als durch die Maßnahmen der Regierung und obige Bejoldungsfürzung erledigt erklärt, die verschiedenen Gesuche aus der

Reihen der Beamten und der Lehrerschaft, des Verbands der badischen Gemeinden usw. der Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen.

Aus der Landeshauptstadt

Schiedspruch im Gastwirtsgerwebe. Der Landeschlichter hat für das Hotel- und Gastwirtsgerwebe unterm 15. Februar einen Schiedspruch geföhlt, wonach mit Wirkung vom 1. Januar d. J. an die Gehälter und Löhne, sowie die Garantie-löhne um 15 Proz. gesenkt werden. Außerdem tritt eine Senkung um 10 Proz. für die Sachbezüge (Kost und Wohnung) mit demselben Zeitpunkt ein.

Badisches Landestheater — Spielplanänderung. Infolge zahlreicher Erkrankungen im Personal muß die für Donnerstag, den 25. Februar, angelegte Sondervorstellung für die Volksbühne ausfallen. Dieser Tag wird daher für die Donnerstag-Platzmiete (D 21) frei. Am Donnerstag, 25. Februar, findet in Platzmiete D 21, abends 20 Uhr, Vorstellung statt, und zwar neuinszeniert: „Wallensteins Lager“ und „Die Piccolomini“ von Schiller. (Donnerstag, den 2. März, in D 22 „Wallensteins Tod“). Die Platzmiete werden gebeten, die rasche Änderung mit den besanbeteren Umständen entschuldigen zu wollen und mit Rücksicht aufzunehmen. Die Theatergemeinde ist mit Nr. 901 bis 1000 beteiligt. — Die Sondervorstellung der Volksbühne „Im weißen Röhl“ findet voraussichtlich am 7. März statt.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe vom Mittwochmorgen: Die Wetterlage hat sich noch nicht geändert. Aus Norden dringen ununterbrochen Luftmassen ozeanischen Ursprungs nach Süddeutschland vor und verursachen in der Ebene nasskaltes Wetter, im Gebirge zeitweise leichte Schneefälle bei mäßigem Frost. Die Schneedecke des Schwarzwaldes ist daher jetzt wieder geschlossen, war aber heute früh noch nicht sehr mächtig. — Voraussage: Fortdauer der bestehenden Bitterung.

Wasserstände: Badstut fehlt, Basel 53 —5, Schusterinsel 4 —9, Rheinweiler 216 +1, Rühl 150 —1, Maxau 317 +4, Mannheim 174 und, Caub 107 —3.

Kurze Nachrichten aus Baden

Bad. Heidelberg, 23. Febr. Der mehrere Wochen dauernde Lichtstreich hat sein Ende gefunden. Vorbehaltlich der Genehmigung der zuständigen Stellen wird mit Wirkung vom 1. Januar ab die vom Oberbürgermeister vorgeschlagene Tarifsetzung bei Gas und Strom vorläufig durchgeführt und bei der Einföhierung der Gebühren schon praktisch berückjichtigt.

Bad. Baden, 23. Febr. Nach längerem Krankenlager ist im Alter von 56 Jahren Altbürgermeister Theodor Weigand gestorben. Von 1902 bis 1911 war er Reichsreiter und dann bis Kriegsende Bürgermeister in Baden.

Bad. Freiburg i. Br., 23. Febr. Zu der Notiz, wonach auf der Hölentalbahn die alten Wagen ausrangiert und durch neue Wagen ersetzt werden sollen, wird mitgeteilt, daß eine vollständige Ersetzung der alten Wagen auch für Personenzüge zur Zeit nicht in Aussicht gestellt werden könne. Dagegen werde die Reichsbahnverwaltung die steifen und unbequemen Holzbanke in den Personenzugwagen dritter Klasse der Hölentalstrecke gegen bequemere, der Körperform angepaßte Rattenbanke austauschen.

Bad. Konstanz, 24. Febr. Das alte Bodenseeschiff „Baden“, ehemals das schönste Salonschiff am Bodensee, früher „Kaiser Wilhelm“, gestochen, ist nach jahrzehntelanger Dienstjähigkeit jetzt lang- und langsam vom Bodensee verschwunden und abgebrochen worden. Der Prachtjalon steht heute bei Konstanz am Rhein als Sport- und Fußballquartier.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank (Amtlich)

	24. Februar		23. Februar	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	169.93	170.27	170.33	170.57
Kopenhagen 100 Kr.	80.52	80.68	80.27	80.43
Italien 100 L.	21.88	21.92	21.88	21.92
London 1 Pfd.	14.64	14.68	14.59	14.63
New York 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris 100 Fr.	16.56	16.59	16.55	16.59
Schweiz 100 Fr.	82.00	82.16	82.02	82.18
Wien 100 Schilling	49.95	50.05	49.95	50.05
Brag 100 Kr.	12.465	12.485	12.465	12.485

Bierbrauerei-Gesellschaft am Huttentkreuz A.G. Ettlingen, Baden.

Bei der am 17. Februar 1932 notariell vorgenommenen Auslosung der für die Jahre 1925 bis einschl. 1932 planmäßig zu tilgenden 4 1/2 % Obligationen wurden folgende Nummern gezogen:

Lit. A Nr. 1, 3, 9, 14, 19, 24, 28, 31, 33, 34, 36, 37, 38, 41, 54, 62, 71, 72, 79, 87, 91, 95, 100, 109, 110, 113, 120, 123, 140, 147, 159, 169, 174, 176, 179, 182, 193, 202, 205, 208, 210, 231, 235, 238, 251, 259, 263, 278, 286, 294.

Lit. B Nr. 301, 302, 306, 311, 313, 319, 326, 328, 330, 333, 336, 340, 343, 350, 352, 353, 354, 357, 362, 370, 372, 376, 379, 380, 387, 388, 392, 408, 418, 426, 439, 440, 447, 460, 478, 481, 482, 486, 497.

Erstere werden mit 153 RM und letztere mit 76,50 RM ab 1. April 1932 bei der Deutschen Bank und Discontogesellschaft, Filiale Karlsruhe, eingelöst.

Ettlingen, den 17. Februar 1932. 2.724

Bierbrauerei-Gesellschaft am Huttentkreuz A.G.

Badisches Landestheater

Donnerstag, 25. Febr. 1932

* D 21 (Donnerstagmiete) Th.-Gem. 901—1000

Wallenstein

Von Schiller

Wallensteins Lager — Die Piccolomini

Regie: Dr. Waag

Mitwirkende:

Vertram, Emmerich, Frauen-

dorfer, Rademacher, Seiling,

Baumbach, Brand, Ernst,

Gemmede, Herz, Dierl, Höder,

Hospach, Mienjcher, Moebie,

Kuhne, Luther, Mehner,

P. Müller, Prüter, Schulze,

v. d. Trend, Grimm, Kubr,

Vindemann, G. Müller,

Wateo, Schönthaler, Seibert,

Schöpen, Sonntag

Anfang 20 Ende 22%

Preise B 0,70—4,20 RM

Nr. 26. 2. Das Herz-

So. 27. 2. Der Troubadour-

So. 28. 2. Nachmittags: Zu

kleinen Breiten: Im weißen

Röhl. Abends: Der Bild-

schuß. Im Konzerthaus:

Der Betler aus Dingsda.

BADISCHES LANDESTHEATER

Spielplan-Änderung

Donnerstag D 21 (Donnerstagmiete) Th.-Gem. 901—1000

Wallensteins Lager — Die Piccolomini

Beginn 20 Uhr

(statt Sondervorstellung für die Volksbühne)

Staats- und Gemeindebehörden

sind unsere Abonnenten. Wollen Sie diese auf Ihre Firma aufmerksam machen, so inserieren Sie in dem offiziellen Organ der badischen Regierung der

KARLSRUHER ZEITUNG

BADISCHER STAATSANZEIGER

Unsere Vertretung für Baden

ist ab 1. April 1932 zu vergeben

Geeignete Bewerber mit besonderer Verkaufsbegabung und hervorragenden technischen Kenntnissen, welche bei den in Frage kommenden Abnehmerkreisen, besonders den Behörden, Elektrizitätswerken, Maschinenfabriken und Wiederverkäufern beste Beziehungen unterhalten und gut eingeföhrt sind, belieben ausführliche schriftliche Bewerbung mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften, Referenzen und Lichtbild an die Firma

Deutsche Elektrizitäts-Werke

zu Aachen

—Garbe, Lahmeyer & Co.—

Aktiengesellschaft.

zu richten. L. 723

Gutschein

Ausschneiden! Einsenden!

Zur Einführung verteile

1000 Stück Goldstiftfederhalter

„Simpböh“ mit 2 Res.-Fed.,

garantiert 14 kar. Gold pl., pro

Stück geg. 1,50 RM per Nachn.

Auf Wunsch in Ihrem Monogr.

u. H. Handgravierung gratis.

Füllhalterhaus Erich Steg-

mann, Nürnberg-A 199.

Vertreter gesucht. L. 722

Karlsruhe. B. 752

Güterrechtsregistereinträge.

1. Zu Band II, Seite 226:

Bojchert Heinrich, Wulfer,

Karlsruhe und Luise geb.

Kienzler. Gütertrennung.

2. Seite 227: Huber Karl,

Kaufmann, Karlsruhe und

Anna Clara geb. Fütterer.

Vertrag vom 1. Febr. 1932.

Gütertrennung. 19. II. 32.

Amtsgericht Karlsruhe.

Badische Kultur und Geschichte

Nr. 8

Beilage zur Karlsruher Zeitung (Badischer Staatsanzeiger) Nr. 46

24. Februar 1932

150. Jahrestag der Erstausführung von Schillers „Die Räuber“

Von W. Sigmond, Heidelberg

Es war am Sonntag, den 13. Januar 1782. Aus der ganzen Umgegend von Heidelberg, Darmstadt, Frankfurt, Mainz, Worms, Speier usw. waren die Leute zu Fuß und zu Wagen nach Mannheim geströmt, um dieses berühmte Stück, das eine außerordentliche Publizität erlangt hatte, von Künstlern aufführen zu sehen, die auch unbedeutende Rollen mit täuschender Wahrheit gaben und nun hier um so stärker wirken konnten, je gedrängter die Sprache, je neuer die Ausdrücke, je ungeheurer und schrecklicher die Gegenstände waren, die dem Zuschauer vorgeführt werden sollten. Der kleine Raum des Hauses nötigte diejenigen, welchen nicht das Glück zuteil wurde, eine Loge zu erhalten, ihre Sitze schon mittags um ein Uhr zu suchen und geduldig zu warten, bis um fünf Uhr endlich der Vorhang aufrollte. Um die Veränderung der Kulissen leichter zu bewerkstelligen, machte man aus fünf Akten deren sechs, welche von fünf bis nach zehn Uhr dauerten. Die ersten drei Akte machten die Wirkung nicht, die man im Leben davon erwartete; aber die letzten drei enthielten alles, um auch die gespanntesten Forderungen zu befriedigen.

Mit diesen Worten schildert Schillers treuer Freund Andreas Streicher die erste Aufführung auf der „National-Bühne“ zu Mannheim. Zuschauer und Darsteller waren hingerissen von dem „allgewaltigen Feuerstrom“, Schiller selbst, der heimlich von Stuttgart nach Mannheim gereist war, um der Erstausführung seiner „Räuber“ anzuwohnen, war erstaunt über die mächtige tragische Wirkung, besonders Iffland als Franz wußte die Gemüter bis in die innersten Tiefen zu erschüttern. Schiller selbst schreibt einige Tage nach dem großen Ereignis an den Intendanten Dalberg: „Beobachtet habe ich sehr vieles, sehr vieles gelernt, und ich glaube, wenn Deutschland nicht einen dramatischen Dichter in mir findet, so muß ich die Epoche von der vorigen Woche zählen.“

Die Aufführung von Schillers „Räuber“ in der damaligen Zeit darf man als ein Ereignis bezeichnen; sie stellte für den einunddreißigjährigen Intendanten eine heroische Tat dar. War auch manches Revolutionäre dieses Schillerschen Jugenddramas weggelassen, verändert und geändert worden, den herrschenden Ideen der Zeit trug es doch Rechnung. Das sehen wir an dem gewaltigen Besuch der Erstausführung aus nah und fern. Es war das Sturmeswehen einer neuen Zeit, was aus diesem Werke sprach.

Bereits im Sommer 1781 waren die 800 Exemplare des Erstdrucks der „Räuber“ mit dem fingierten Druckort Frankfurt und Leipzig in der Mehlerschen Druckerei in Stuttgart im Selbstverlag des Dichters erschienen. Heute wird diese älteste Fassung des „Schauspiels“ als wertvolle Seltenheit mit hohen Preisen bezahlt. In wie vielen Kreisen mag Schillers erstes Werk gelesen, bestaunt, begrüßt, bejubelt, aber auch verdammt worden sein! Streicher schreibt darüber: „Es wäre vergeblich, den Eindruck schildern zu wollen, den diese Erstgeburt eines Jünglings der hohen Karlschule, und, wie man wußte, eines Lieblings des Herzogs, in dem ruhigen, harmlosen Stuttgart hervorbrachte, wo man nur mit sanften frommen Schriften den Geist nährte, wo man die Gedichte von Bürger, die Erzählungen von Wieland als das Auserwählte anerkannte, was die Poesie in sittlichen Schilderungen sich erlauben darf.“

Längst vor der ersten Aufführung waren die 800 Erstbrüche in festen Händen, so daß sich der Dichter genötigt sah, kurz nach Neujahr 1782 eine zweite Ausgabe in etwas veränderter Form zu veranstalten, mit der Titelbignette eines schreitenden Löwen und der Inschrift „In tyrannos“ auf dem Felsen. Der Theaterzettel zur ersten „Räuber“-Aufführung in Mannheim trägt die Überschrift:

Sonntags den 13. Jänner 1782

wird

auf der hiesigen National-Bühne

aufgeführt

Die Räuber.

Ein Trauerspiel in sieben Handlungen; für die Mannheimer Nationalbühne vom Verfasser, Herrn Schiller, neu bearbeitet. Nachdem die Darsteller, darunter die bedeutendsten Vertreter der Rollen: Iffland, Beck, Weil und Beck, genannt sind, heißt es weiter: Das Stück spielt in Deutschland im Jahre, als Kaiser Maximilian den ewigen Landfrieden für Deutschland stiftete.

Umsonst erhob Schiller gegen die Verschiebung der Zeit der Handlung um etwa drei Jahrhunderte Einspruch, da ja die Sprache und die Gedanken mit jener Zeit gar nichts gemein hätten. Umsonst war auch sein Kampf gegen die altdeutschen Kostüme, die der Intendant vorkriechte. Hierin sah sich Schiller durch den Ausschuss der Künstler unterstützt; aber Dalberg schrieb: „Die

Räuber können, nach allen Begriffen vom Theatereffekt nicht anders als mit idealem Anstrich und älterem Kostüm gegeben werden. Denn wo ist nur der geringste Grad von Wahrscheinlichkeit, daß in unseren jetzigen politischen Umständen und Staatenverfassung sich eine solche Begebenheit zutragen könnte! Dies Stück in unserer Tracht wird Fabel und unwahr.“

Doch weder die Kostüme noch die angekündigte Zeit der Handlung vermochten dem im Geist der Sturm- und Drangperiode geborenen Erstlingswerk Eintrag zu tun: Die Zuschauer, die vielleicht eine lange Tagereise unterwegs gewesen waren und nun, hingerissen von dem Feuerstrom der glühenden Tragik, dem Spiel folgten, sie waren belohnt für die Mühsale ihrer Reise und wurden zu frohen Boten des Glücks in ihrer Heimat. Wie würden sie erst dankbar gewesen sein, wenn sie den jungen Dichter hätten sehen dürfen, der der ersten Aufführung seines ersten Werkes anwohnte, dies aber nur in aller Heimlichkeit, da er seinen Poeten in Stuttgart ohne Urlaub verlassen hatte und jede Entdeckung vermeiden mußte. Mannheim wurde die Schiller-Bühne; von hier traten die „Räuber“ ihren Siegeszug an in die Theater Deutschlands; in Berlin standen sie innerhalb vier Monaten 14mal auf dem Spielplan; freilich fand das Stück auch seine Gegner, so in Danzig, wo die Aufführung der „Räuber“ als „unmoralisch, sittenbeleidigend“ unterlag.

Ungeachtet des starken Eindrucks, den die „Räuber“ auf den deutschen Bühnen hervorriefen, schien der schwäbische Herzog keine Notiz davon zu nehmen, bis ein Vorfall den württembergischen Hof in diplomatische Verwicklungen zu ziehen schien. Die im dritten Aufzuge des zweiten Aktes von Genossen Spiegelberg gesprochenen Worte: „Reiß Du ins Graubündner Land, das ist das Aihen der heutigen Gauner!“ erregten den Unmut eines westfälischen jungen Gelehrten, der dort einige Jahre als Hofmeister gestanden; er trat in den „Hamburger Adress-Comptoir-Nachrichten“ als Netter der Ehre der Graubündner auf und wies den erwähnten Ausdruck als beleidigend für jenes Land zurück. Daraufhin nahm auch ein Churer Blatt seine Landleute in einer scharfen Erwidering in Schutz und verwahrte sich dagegen, daß Graubünden als die hohe Schule der Spitzbuben bezeichnet werde. Jemand ein Schiller-Übelgeimter spielte die Zeitung dem Herzog in die Hände, der, darüber aufgebracht, den Dichter aufforderte, sich zu verteidigen, das Komödien schreiben zu unterlassen und jeden Verkehr mit dem Ausland abzubrechen. Dazu zählte aber auch die Mannheimer Nationalbühne, wohin er im Sommer abermals zur Aufführung der „Räuber“ gereist war, auch mit dem Zweck, weitere Stücke, darunter den in Vorbereitung befindlichen „Fiesko“ dort unterzubringen. Durch die scharfe Ablehnung einer Verständigung seitens des Herzogs reifte nun in Schiller der Gedanke zur Flucht. Im August des Jahres 1782 wurden in Stuttgart und der ganzen Umgegend große Vorbereitungen zum Empfang des russischen Großfürsten und dessen Gemahlin, einer Niichte des Herzogs, getroffen. Den Tumult der Feste benützte Schiller zur Flucht. Begleitet von seinem treuen Freunde Streicher verließ er am 17. September die Hauptstadt; der Weg führte sie der Enz entgegen nach Bretten, wo sie in der „Krone“ bei Hofmeister Paravicini abstiegen und dann über Waghäusel und Schwetzingen nach Mannheim weiterfuhren. Da sich Schiller aber hier nicht sicher fühlte, ging die Reise weiter nach Frankfurt und später auf dem linken Rheinufer zurück nach Oggersheim, um hier die Verhandlungen wegen des nach Mannheim zur Aufführung eingereichten „Fiesko“ weiterzuführen. Dalberg aber in seinen guten Beziehungen zum württembergischen Hof lehnte den „Fiesko“ ab, und nun begann ein unruhiges Wandern für den Dichter, bis er schließlich nach einem Jahr für längere Zeit in Mannheim seine Beziehungen zur Bühne wieder aufnehmen konnte.

Zeitschriftenbau

Die badischen Landes-Heil- und Pflanzanstalten für Geisteskranken im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts behandelt eine Schrift von Geh. Reg.-Rat A. Siebert, Karlsruhe, die im Verlag Volke, Karlsruhe, erschienen ist. Sie bringt sehr eingehende, informierende und interessante Darlegungen über diese wichtigen Anstalten unseres Landes aus der Feder des langjährigen Bearbeiters dieser Fragen im Ministerium.

Die lebendige Stadt, Zweimonatsschrift der Stadt Mannheim, 8. Jahrgang, 5. Heft, Verlag J. Wensheimer, Mannheim. — Das neue Heft setzt sich mit dem Problem Mannheim-Ludwigshafen auseinander; Schicksal und Lebensbedingungen einer Doppelstadt, die durch Landesgrenze geteilt ist. Trotzdem ist es gelungen, eine Reihe von kulturellen, wirtschaftlichen und verkehrstechnischen Fragen gemeinsam zu lösen.

An der Handels-Hochschule Mannheim beginnt das Sommersemester am 2. Mai 1932. Das Vorlesungsverzeichnis kann vom Sekretariat der Handels-Hochschule (Mannheim, C 2 1) gegen Voreinsendung von 60 Pf. bezogen werden. Der Vorlesungsplan enthält eine Reihe neuer Vorlesungen; Sprachkurse sind vorgesehen für Französisch, Englisch, Italienisch, Spanisch und Russisch, ferner Kurse zur Pflege der deutschen Sprache. Betreffs der Einzelheiten sei auf das Vorlesungsverzeichnis selbst verwiesen.

Mein Heimatland

19. Jahrgang, Heft 1/2. Blätter für Volkskunde, Heimat- und Naturschutz, Denkmalpflege, Familienforschung, i. A. des Landesvereins Badische Heimat herausgegeben von Hermann Eris Busse, Freiburg i. Br.

Das erste Heft des 19. Jahrgangs, ein Doppelheft, bringt wiederum viel Anregendes und Schönes aus dem ganzen Lande. „Vom Heimatleben auf den Schwarzwaldhöhen und am Oberrhein“ berichtet August Winter und schildert den Heimattag der Schulkinder auf dem Guppen. In einer unergieblichen Erlebnisform wird den jungen Menschen die Heimat offen dargebracht. So läßt man sich die Heimatpflege gefallen, so ist sie Bewegung und Gegenwart. Ein zweiter Beitrag schenkt Anregungen mit herrlichen Beispielen, wie „Die Heimat im Lichtbild“ zu fassen ist. Dr. M. Pfister, Polizeidirektor in Pforzheim, ist Autor dieser Studie und ihrer klaren, feinsinnig aufgenommenen Lichtbilder. Ihre Stellungnahme im Streit um die Erhaltung des Stockacher Wahrzeichens, des Kirchturms, zeigt die Badische Heimat grundtätig in dem Beitrag „Der Kirchenbau in Stockach und die Heimat- und Denkmalpflege“. Ausgezeichnete Aufnahmen unterstützen den Text.

Aus der Fülle der „Gebellbriefe“ spendet Geh. Rat Dr. Ober als Treuhänder wieder eine bisher noch ungedruckte Reihe. Gebells Briefverkehr war äußerst reger, von überall her aus dem Reich floß ihm Post zu, die er in seiner liebenswürdigen Art stets herzlich und auch humorvoll beantwortete. Es sind diesmal Briefe dabei an Karl Georg Dümge, Professor an der Universität Heidelberg, dem Romanikerkreis zugehörig, an Sebastian Engler, Farmer in Gebells Heimatdorf Dausen, an Professor F. A. Schütz, Halle, den Gatten der von Gebell so sehr angebeteten Henriette Hendel-Schütz; ferner Briefe an den Freund Pfarrer Hübner in Lorrach, an Wessenberg in Aonstang.

Einen geschichtlichen Abriss der großen Markgräfer Familie der Grether und ihrer Zweige bietet Geh. Rat Dr. Rohmeyer, Heidelberg, der dieser Familie entstammt, in seinem umfassenden Beitrag „Meine Markgräfer Vorfahren“. Man sagt ja, die alten Markgräfer seien alle miteinander verwandt und dies bestätigt Rohmeyer äußerst fesselnde Darstellung. Die Grether, Wankenhorn, Blum, Winkler, Mint, Koger, Edenstein, samt der Wälder Familien Jellin, Merian, Burkhart, Stäbelin usw., bilden alle einen riesigen, mehrfach verzweigten und verwerteten Familienverband, einen Kernteil des alemannischen Volkes am Oberrhein. Ein zweiter familien-geschichtlicher Aufsatz von Landrat Strauß beschäftigt sich mit „Tullas Ahnen“. Kurze Beiträge, fast alle mit schönen Bildbeigaben, handeln von „Wert des Familienwappens“, worüber Ludwig Finkh schreibt, von den „Naturdenkmälern in der Landschaft des Amtsbezirktes Wolfach“, worüber G. Kufelshausen berichtet, ferner von der „Sonntagswache in Rehla“ bei Donaueschingen, einem Brauch, den J. Rienhard mitteilt. Die „Sedenheimer Vorfahren“ von A. Kollig sind köstlich, wundervoll und plastisch in Darstellung und echtem Humor ist auch Karl Herberichs mündliche Erzählung „D'Witreis“ geraten, jede Wendung, jedes Wort ein Treffer!

Dieses Doppelheft ist so reichhaltig und bringt soviel gänzlich Neues, daß man dem Landesverein Badische Heimat und dem Herausgeber Hermann Eris Busse wohl wünschen muß, über die böse Zeit der Rotberordnungen hinweg sich den Mitgliederbestand erhalten zu können, dies um so mehr, als die leitende Stelle sich entschlossen hat, den Beitrag, der ohnedies die gebotenen Leistungen bisher in keinerlei Verhältnis aufwog, herabzusetzen. Ein herzliches Glück auf ins neue Schaffensjahr, das durch die eben erschienene Veröffentlichung so wertvoll eingeleitet ist!

Schöne badische Heimat

„Lernt Deutschland kennen!“ ist die Mahnung, die Reichsverkehrsminister Trebitsch vor kurzem an alle Stände und Kreise des deutschen Volkes gerichtet hat. Mit der Bedeutung des Reiseverkehrs für die deutsche Wirtschaft befaßt er sich in einem weiteren Schreiben an die Regierungen der Länder und bittet sie um tatkräftige Unterstützung der Bestrebungen jener Organisationen, die für und um den Fremdenverkehr arbeiten. Die Februar-Ausgabe der beliebten Heimat- und Verkehrszeitung „Badnerland-Schwarzwald“ bringt diesen Brief des Reichsverkehrsministers als Eingangartikel. Im übrigen ist die Ausgabe der schönen badischen Heimat im Schneefeld gewidmet. Bilder voll winterlicher Frische und märchenhaftem Reiz von den Höhen des Schwarzwaldes, diesmal aus dem Nollental, Titisee- und Feldberggebiet. Die prachtvollen Höhenstrahlen im Rodschwanzwald und der windüberbraute Rücken der Hornisgrinde präzentieren sich im Schneefeld imposant und von eigenartigem Zauber überweht, während Konstanz, die Münsterstadt am Bodensee, unter der Schneehülle ein ganz verändertes Gesicht zeigt. Nicht vergessen wurde bei dieser Ausgabe der altberühmte badische Karneval, der in Bildern vom „Billinger Hansl“ und anderen prachtvollen Fastnachtstypen, sowie von der alten Karlsruher Popfmilch berichtet. Das echte, alte Volkstum, das sich darin offenbart, zeigt sich aber auch in schönen Trachtenbildern aus dem badischen Frankenland und aus dem Gutachtal. Eine Übersicht über die Rundreisefakten, die seit dem 1. Januar 1932 neu eingeführt sind, mit Preisen, Geltungsdauer und Bereich dürfte dem Reisenden hoch willkommen sein. Das Heft wird vom Badischen Verkehrsverband, Karlsruhe, Karlstraße 10, gegen Vorkauf an Interessenten als Probenummer verhandelt.

Freiburger Uraufführung. Die Uraufführung der Oper „Tragödie in Trezzo“ von dem amerikanischen Komponisten Richard Hageman hatte im Stadttheater für den persönlich anwesenden Komponisten und sämtliche Mitwirkenden einen starken Erfolg, der insbesondere auch der sorgfältigen Einföhrung durch Generalmusikdirektor Dalzer zu verdanken war. Die Handlung ist wirkungsvoll durchgeführt, die Musik bewegt sich, neben guten neuen Eingebungen in der Melodik und Instrumentierung, durchaus auf der Bahn bewährter Tradition.

Druck G. Braun, Karlsruhe.